

**Fraktionsvorsitzender**

Bürgermeister

Wilfried Dölker

Henriettestraße 34

71088 Holzgerlingen

Tel.: 07031 / 68 08 20 (gesch.)

Tel.: 07031 / 4 28 11 66 (privat)

Fax: 07031 / 68 08 90 (gesch.)

E-Mail: wilfried.doelker@holzgerlingen.de

[www.freiewaehler.de](http://www.freiewaehler.de)

16.11.2017

**Stellungnahme der Freien Wähler zum Haushalt 2018/Haushaltsrede  
Es gilt das gesprochene Wort**

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrter Herr Jakob,  
sehr geehrter Herr Hinck,  
verehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes,  
verehrte Kolleginnen des Kreistags,  
sehr geehrte Damen und Herren von der Presse,  
verehrte Gäste,

der Haushaltsplan 2018 ein Novum ? Erstmals wurde von Ihnen, Herr Landrat die Einbringung mit der glorreichen Aussage „erstmal schlägt der Landrat eine Senkung der Kreisumlage von sich aus vor“ – verbunden.

Was ist da passiert ?

Setzt sich etwa bei Ihnen, Herr Landrat, die Erkenntnis durch, zu viel Speck auf den Rippen ist alles andere als gesund ? Eine schlanke Figur, auch wenn ich mich da rein körperlich selbst ausschließen muss, soll ja schließlich gesund sein !

Schlank oder schmal ist der Haushalt 2018 des Kreises bei genauem Hinsehen jedoch keinesfalls. Den ernststen **Willen zu sparen können wir nicht erkennen**. Ja, bei genauem Hinsehen stellen wir fest, hier stecken nach wie vor große Reserven drin,

der Plan ist bestens gepolstert. Der Kreis liegt nach wie vor in einem weichen, warmen Federbett.

Wie kommt's ? Ganz einfach. Wenn es möglich ist, dass, wie 2017 geschehen, **Landrat und Kämmerer am Kreistag vorbei**, ohne die entsprechenden Entschlüsse der entsprechenden Gremien im Rücken zu haben, die Kredittilgung – bzw.- Aufnahme einfach mal um gut 10 Mio. € steigern können und erst dann vor den Kreistag treten, mit der Aussage, „wir haben es geschafft, die Verschuldung um weitere 10 Mio. € zu reduzieren“, dann ist der Schwimmanzug bzw. der Schwimmring, der dem Kreis zur Verfügung steht schon sehr komfortabel.

Es mag ja sein, dass es Sinn macht, für Geld, das der Kreis auf der hohen Kante hat, keine Strafzinsen bezahlen zu müssen, doch einfach abweichend vom Haushalt auf ursprünglich geplante Kredite in Höhe von 11,0 Mio. € zu verzichten, ohne die Gremien zu beteiligen, **das ist schon ein dickes Ding**. Uns ärgert es zurecht, dass wir als zuständiges politisches Gremium nicht dazu befragt wurden, ob es vielleicht sinnvoller wäre, z.B. dem Zweckverband Schönbuchbahn Kapital zur Verfügung zu stellen.

Im Rahmen der Vorberatungen haben Sie vorgetragen, es hätte sich um nicht valutierte Nachfolgekredite gehandelt, die man halt nicht erneut aufgenommen habe. So trifft Ihre Auslegung aber nicht zu. Im Haushalt war eine Nettotilgung von lediglich 3,6 Mio. € geplant. **Die getilgten Kredite sind weg, wenn sie nicht übertragen werden. Eine Übertragung der Kreditermächtigungen ist aber nicht geplant.** – und im neuen Haushaltsrecht auch zumindest nicht üblich !

**Wir sagen Ihnen dazu deutlich: eine solche Vorgehensweise darf sich nicht wiederholen !** Dennoch wird das Jahr 2017 wieder mit einem hohen Jahresüberschuss abschließen. Ohne diese Tilgung würde wohl wieder ein Überschuss weit im 2-stelligen Millionenbereich erreicht. In den 2 Vorjahren waren dies jeweils **deutlich über 20 Mio. €**. Daher die komfortable Rücklage für den Klinikbau. Allein 2016 entsprach der Haushaltsüberschuss gut 5 % Punkten Kreisumlage.

Es ist richtig, die großen **Zukunftsaufgaben des Landkreises, sei es bei der Schönbuchbahn oder beim Neubau Krankenhaus, erfordern viel Geld**. Wir kritisieren daher nicht, dass für die Kliniken zwischenzeitlich eine sehr beachtliche Rücklage in Höhe von über 50 Mio. € aufgebaut wurde. Sie können aber bei der Verabschiedung des Haushalts, nicht wie für 2017, feststellen, „**alles sei auf Kante genäht**“ und dann solche Überschüsse erwirtschaften.

Das **jährliche Defizit der Kliniken bereitet uns erhebliche Sorgen**. Trotz enormer Gegensteuerung durch die Geschäftsführung im Klinikverbund gelingt es nicht, das laufend ansteigende Defizit in den Kliniken wesentlich zu beschränken. Wir müssen daher bei unserem Großprojekt Klinikneubau auf dem Flugfeld unbedingt im Zeitplan vorankommen. **Bis 2024 ist es aber noch ein langer Weg**. Wir sind froh, dass es in diesem Jahr gelungen ist, wichtige Planungsentscheidungen und Planungsaufträge unter Dach und Fach zu bringen. Die Zusammenarbeit mit dem Zweckverband Flugfeld und der Stadt Böblingen bezüglich des Bebauungsplanverfahrens ist in dieser konstruktiven Art, wie es derzeit läuft, fortzuführen.

Die aktuelle Sonderrücklage für den Klinikneubau mit **54,9 Mio. €** bildet eine solide Basis für diese wichtige Zukunftsinvestition. Darauf lässt sich aufbauen. Wir stimmen auch überein, dass dieser Sonderrücklage im Jahr 2018 planmäßig wiederum 3 Mio. € zugeführt werden.

Der unplanmäßige Schuldenabbau 2017, lässt sich dennoch nicht mit der Kreditwürdigkeit des Kreises begründen.

### **Steuerschätzung**

Die neue Steuerschätzung offenbart es. Auch dem Land geht es gut. Umso unverständlicher ist es, dass die Mittel im KIF (Kommunaler Investitionsfond) für die Krankenhausförderung gekürzt werden sollen. Dies ist übrigens kommunales Geld. Bei einem Plus von über 1,47 Mrd., davon allein 2018 rund 700 Mio. €, fürs Land, ist der **weitere Griff in kommunale Kassen unberechtigt, ja unverschämt**.

Das Land rühmt sich ja aktuell, erstmals Schulden in Höhe von ca. 200 Mio. € zu tilgen. Dies entspricht allerdings genau der zusätzlichen Vorwegentnahme aus dem kommunalen Finanzausgleich. D.h. **mit kommunalem Geld, tilgt das Land seine Schulden**. Das ist schon kreativ, wenn man eigene Probleme zu Lasten anderer so lösen kann.

Daher fordern wir, die **Kürzung der Krankenhausfördermittel muss ins Gegenteil umgedreht werden**. – gerade wir brauchen für den Neubau eine gesetzeskonforme Förderung durch das Land.

Zutreffend ist auch, Landkreisen und Kommunen geht es gut. Die aktuelle Steuerschätzung zeigt es, alle Ebenen Bund, Länder, Kreise und Kommunen können in den nächsten Jahren zusätzliche Steuereinnahmen erwarten.

Ja, wir sind sehr froh, dass die Wirtschaft boomt. Die Betriebe im Kreis, im Land und im Bund arbeiten erfolgreich. **Vollbeschäftigung im Landkreis Böblingen** gab's

schon lange nicht mehr. **Wir können uns nämlich kaum daran erinnern, dass es in den letzten Jahrzehnten mal einen Zeitpunkt gab in dem die Arbeitslosenquote unter 3,0 % gelegen wäre.** Im vergangenen Oktober war dies der Fall. Obwohl, zwischenzeitlich viele Flüchtlinge arbeitslos registriert sind.

Die aktuelle politische Forderung, immer weitere Kliniken zu schließen ist ein Irrweg. Die Demografie zeigt sehr deutlich, dass wir in wenigen Jahren eine Verdoppelung von Menschen in unserem Land haben werden, die älter als 65 Jahre sind. Daraus folgt, wir werden zukünftig deutlich mehr klinische Versorgungsangebote brauchen. Wer dann in einer Kurzzeitbetrachtung meint, es würden weit weniger Krankenhäuser ausreichen, bewertet die Entwicklung völlig falsch. Wir stehen auch deshalb dazu, dass es im Kreis Böblingen Krankenhäuser in Herrenberg, Leonberg und Böblingen/Sindelfingen und zukünftig dann im Flugfeld geben muss.

### **ZfP**

Das Grundstück für die Flugfeldkliniken sollte durch die gewünschten Ergänzungen für das ZfP und zusätzliche Flächen im Osten ergänzt werden. Da ist eine rasche Einigung mit dem Zweckverband Flugfeld anzustreben.

### **Schönbuchbahn**

Diese wichtige Infrastrukturmaßnahme im Kreis kommt voran. Die Bauarbeiten laufen. Ärgerlich ist allerdings, dass hier Zusatzkosten in Milliardenhöhe entstanden sind, weil die sehr strengen Umweltauflagen Baustopps verursacht haben. Dass Eidechsen so wertvoll sind, wie sie jetzt bei der Schönbuchbahn zu registrieren sind, hätten wir nicht gedacht.

Über 92 Mio. € für den Streckenausbau bei einer Landesförderung von lediglich 37 Mio. € sind eine gewaltige Belastung für den Zweckverband.

### **Förderung der Schienenfahrzeuge**

Wir erwarten daher vom Land, dass endlich eine Entscheidung darüber getroffen wird, wie die „innovativen neuen Fahrzeuge“ für die Schönbuchbahn gefördert werden. Die für die Strecke notwendigen Fahrzeuge sind alle zu fördern und zwar möglichst mit mindestens 1 Mio. € je Fahrzeug. – also mit insgesamt 8 Mio. €.

**Die Hermann-Hesse-Bahn bis Weil der Stadt** ist aus unserer Sicht okay. Ein Parallelverkehr zur S-Bahn bis Renningen aber nicht.

Für uns ist es auch eine Sache des gesunden Menschenverstandes, dass zwei hintereinander her fahrende Züge nicht wirtschaftlich sein können. Da bleiben wir bei unserer Haltung – dafür gibt es keine Unterstützung durch unseren Kreis.

## **Grunderwerbssteuer/Wohnungsbau**

Im Haushalt 2018 wurde der Grundsteueransatz auf 30 Mio. € angehoben. Herr Landrat, Sie haben dies als mutigen Schritt bezeichnet. Allzu viel Mut gehört da aber nicht dazu, wenn man die aktuelle Entwicklung auf dem Immobilienmarkt beobachtet. Wir gehen davon aus, dass es sich dabei um einen durchaus realistischen Ansatz handelt, weil die Grundstückspreise weiter steigen und nach wie vor intensiv gebaut wird. Die Nachfrage nach Wohnimmobilien ist hoch wie nie.

## **Entwicklung beim Wohnungsbau**

Der von Ihnen initiierte runde Tisch zum Wohnungsbau hat bekannte Erkenntnisse vertieft, uns jedoch noch keine entscheidenden Schritte vorgebracht. Durch die Diskussionen in Foren und Gremien wird nämlich keine einzige zusätzliche Wohnung geschaffen.

Im Rückblick ist dazu festzustellen, **wie sehr Statistiker doch irren können**. Jahrelang war die Rede davon, man dürfe keine weiteren Flächen bebauen, es werde Leerstände bei Wohnungen in enormen Umfang geben. Spätestens im Jahr 2030 sei zu erwarten, dass vor allem Bestandsgebäude am Markt nicht mehr untergebracht werden können. Auch das Landratsamt hat diese falschen Erwartungen vertreten. – das „**Projekt Flächen**“ gewinnen war ein Ansatz auf völlig falschen Annahmen.

Gebrauchte Objekte werden derzeit zu Preisen gehandelt, die man kaum fassen kann. Alle aktuellen Berechnungen, zuletzt die Prognos-Studie fürs Land, zeigen zwischenzeitlich, dass weit über 2030 hinaus ein großer Wohnungsbedarf gerade in der Region Stuttgart zu erwarten ist. Der Stuttgarter OB Kuhn fordert vom Umland endlich etwas zu tun, vergisst aber, dass auch die Stadt Stuttgart zur Verringerung der Wohnungsmisere erheblich beitragen müsste.

Wer den Wohnungsbau voranbringen möchte, muss auch dafür sorgen, **dass im Rahmen von Bebauungsplanverfahren nicht immer neue Erschwernisse erfunden werden**, sondern Möglichkeiten zur schnellen Umsetzung und Realisierung von Baugebieten unterstützt werden. Kostengünstiger Wohnungsbau ist angesichts der Rahmenbedingungen in unserer Raumschaft nur schwer machbar. Wenn dazu das Bauen ständig mit neuen Auflagen, Bedingungen und Einschränkungen und Behinderungen verbunden wird, dann gelingt es auf keinen Fall.

Für die Ausweisung neuer Flächen sind die Gemeinden verantwortlich. Dazu brauchen sie Unterstützung, denn es ist schwer, neue Flächen zu erschließen und vor Ort die Bürger vom Bedarf zu überzeugen. Grundstückseigentümer verbinden mit der Umlegung ihrer Grundstücke in der Regel sehr hohe Erwartungen. Wer schon hat, der schätzt den Freiraum neben sich zudem mehr, als neue Nachbarn.

## **Gewerbeflächen**

In der Region Stuttgart, besonders auch im Kreis Böblingen fehlt es obendrein an Gewerbebauland. Die Reserven in der gesamten Region sind nahezu aufgebraucht. Doch immer wieder hört man, gerade von Bürgern unseres Kreises, **es ist genug, wir brauchen nicht noch mehr Arbeitsplätze !** Ist das es eine gute Haltung ? Kein weiteres Wachstum ?

Eines ist sicher, wer **sich freiwillig in den Ruhemodus begibt, Entwicklungen verschläft oder diese verweigert, der fordert es geradezu heraus schnell in eine Abwärtsspirale zu kommen.** Es ist für Kries und Gemeinden eine große gemeinsame Aufgabe dafür zu sorgen, dass auch weiteres Gewerbebauland vorbereitet wird.

## **Verkehrsinfrastruktur**

Eine funktionierende Wirtschaft braucht Mobilität. Dazu zählt Straßenbau und der Schienenausbau. Im Straßenbau haben wir unser eigenes Kreisstraßenprogramm gut vorangebracht. Bei Landstraßen, Bundesstraßen und Autobahnen klemmt´s aber nach wie vor.

## **Lückenschluss B 464/B 295**

Ein großes Ärgernis ist nach wie vor, dass sich das Verkehrsministerium nach wie vor weigert, eine schnelle Planung für die Zusammenführung der B 464 und der B 295 umzusetzen. Wenn der Ausbau der A 81 kommt ohne, dass eine leistungsfähige Verbindung zwischen B 464 und B 295 ermöglicht wurde, dann droht für den Kreis Böblingen ein richtiges Verkehrschaos. Das haben wir ja schon jetzt. Ein kleiner Stau auf der A 8 oder der A 81 und schon hört man im Verkehrsfunk „weitere Verkehrshinweise“ auf **der B 464 zwischen Renningen und Böblingen-Hulb bzw. andersrum 12 km Stau.** – und der Ausbau der A 81 lässt leider weiter auf sich warten.

Der Stresstest zur Hermann-Hesse-Bahn ist für uns nicht überzeugend. Wenn es dort im Gutachten heißt, dass allenfalls geringe Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit der S 6 zu erwarten sind, dann fehlt eine Definition dieser geringen Auswirkungen. Wir sind und bleiben der Auffassung, dass eine Hermann-Hesse-Bahn bis Renningen keinen Sinn macht, unterstützen allerdings einen ersten Bauabschnitt bis Weil der Stadt gerne.

## **Verschuldung**

Nochmals zurück zur Verschuldung.

Die Gesamtverschuldung des Landkreises wurde in den letzten Jahren nahezu halbiert. Sie beträgt im Kernhaushalt jetzt noch **60 Mio. €**. Stellt man die bereits

genannten Rücklagen für die Kliniken dagegen, ist der Kreis im Kernhaushalt aktuell nahezu **schuldenfrei**.

### **Sozialetat**

Die notwendigen Maßnahmen im Bereich Soziales werden im Kreis angepackt. Manche fragen da, weshalb dann kein **Sozialticket für den ÖPNV** ? Ein Thema, das seit Jahren kontrovers diskutiert wird. Wir sind **gegen die Einführung einer weiteren Sozialleistung**, zu einem Zeitpunkt, wo es den meisten Menschen möglich wäre, eine Arbeit aufzunehmen. In den Hartz IV Regelsätzen ist für den öffentlichen Personennahverkehr ein Grundentgelt für den ÖPNV von monatlich 25 € enthalten. Zuständig für diese Leistungen ist der Bund, nicht der Kreis. Wir können uns im weitest gehenden Fall vorstellen, für sogenannte „**Aufstocker**“, die berufstätig sind und ergänzende Sozialleistungen erhalten, ein solches Ticket einzuführen. Die Einführung eines generellen Sozialtickets lehnen wir ab, weil wir mit Stuttgart nicht vergleichbar sind. Im Kreis Böblingen gibt es nicht nur 2 Zonen im ÖPNV-Tarif sondern 4 Zonen. Der damit verbundene Aufwand, auch bürokratischer Art, wäre viel zu hoch. Zudem wird in der Region und in den Kreisen darüber diskutiert, wie der ÖPNV insgesamt neu strukturiert werden könnte. Sollten dort die grundlegenden Tarifveränderungen kommen, würde dies für den Kreis zu enormen Belastungen führen. Nicht verständlich ist für uns, wenn wie in Vorberatungen geschehen argumentiert wird, 1,3 Mio. € Jahresaufwand könnte man gut verkraften. Diese Summe könnte sich schnell vervielfachen, wenn's in der Wirtschaft nicht mehr läuft.

### **Bundesteilhabegesetz**

Das neue Bundesteilhabegesetz löst ganz klar die Konnexität aus. Das wurde vom Land ursprünglich auch so akzeptiert. Doch jetzt soll das plötzlich auf jährlich 10 Mio. € Landesbeitrag fest geschrieben werden. Die wahren Kosten, so die kommunalen Verbände, liegen aber bei über 100 Mio. €, für den Landkreis bei 5,3 Mio. € /Jahr. Der Grundsatz „ **wer bestellt bezahlt**“ wird mal wieder sträflich missachtet.

Das kann von kommunaler Seite nicht akzeptiert werden. Notfalls muss da an eine Verfassungsklage gedacht werden.

### **Hochbauunterhaltungsprogramm**

Die von der Kreisverwaltung angestrebte Fremdvergabe eines Hochbausanierungsprogrammes sehen wir nach wie vor äußerst skeptisch. Hierfür gibt es aus unserer Sicht keine nachhaltigen und stichhaltigen Argumente. Wir haben deshalb beantragt, dass hier Sperrvermerke in den Haushalt aufgenommen werden. Ohne die Begleitung durch eigenes Personal kann auch ein fremdes Büro keine sachgerechten Sanierungspläne erarbeiten.

### **Erweiterung Landratsamt**

Wir erwarten zu diesem Thema eine intensive Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Stadt Böblingen. Wir brauchen dazu baurechtliche Klarheit aber auch Konzepte wie z.B. Homearbeitsplätze oder mobile Arbeitsplätze im Landratsamt die dazu führen, dass das Raumprogramm verkleinert werden kann. **Dazu gibt es auch einen Haushaltsantrag der Freien Wähler.**

### **Breitbandausbau im Kreis**

Es ist nicht sachgerecht, dass Land und Bund Förderprogramme für den Ausbau des Breitbandnetzes für das flache Land auflegen, dabei aber Verdichtungsprämie, wie die Region Stuttgart, ausschließen. Wir müssen gemeinsam darauf drängen, dass gerade in der Region Stuttgart leistungsfähige und zukunftsweisende Netze für schnelles Internet und die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft mit Zuschuss gebaut werden können. – wenn dies günstiger ist, müssen wir ggf. auch die privaten Unternehmen beim Ausbau direkt unterstützen dürfen – statt Parallelstrukturen aufzubauen.

Stichwort digital: **Der Digitalfunk für unsere Wehren funktioniert noch immer nicht.** Da erwarten wir bald einen Bericht bis wann diese unendliche Geschichte endlich gelöst wird.

### **Abfallwirtschaft**

Noch ein kurzer Hinweis zu diesem wichtigen kreispolitischen Thema:

Wir brauchen keine „Anstalt öffentlichen Rechts“. Der Eigenbetrieb ist eine gute Lösung.

Spätestens im nächsten Jahr sollte geprüft werden, angesichts wieder zunehmender wilder Müllablagerungen, ob die Mindestleerungen der Hausmülltonnen von 4 auf z.B. 6 erhöht werden könnte. Der Bedarf für Erddeponien muss aktualisiert ermittelt werden.

### **Kreisumlage**

Wie eingangs bereits genannt, haben Sie, Herr Landrat eine Kreisumlage von 33 % Punkten vorgeschlagen.

### **Wir schlagen vor, die Kreisumlage auf 32,5 % Punkte abzusenken.**

Damit kommen wir Ihnen noch weit entgegen. Die zusätzlich benötigten Mittel von rund 3 Mio. € können wie folgt finanziert werden:

- Verwendung der Überschüsse aus nicht verbrauchten Haushaltsmitteln 2017
- Höhere Kopfbeträge aus dem Finanzausgleich 2017 und 2018 – wir erwarten da wenigstens ca. 750.000 €.
- Verschiebung der Erneuerung Mobiliar Sitzungssaal

- soweit dann noch erforderlich, gegebenenfalls teilweise Verzicht auf Kredittilgungen.

Es wäre sogar eine höhere Absenkung der Kreisumlage möglich. Wenn Sie dann fragen, warum nicht weitere Polster für die Investitionen schaffen, dann sagen wir: wir können nicht so richtig erkennen, **wo der Kreis z.B. beim Stichwort Personal, Zentralstelle u. a. m. wirklich spart.**

Wenn wir uns zukunftsfähig aufstellen möchten, dann ist es besonders wichtig, immer darauf zu achten, dass es bei einer schlanken Verwaltung bleibt.

Wir wünschen uns für die weitere Beratung des Kreishaushalts in Abstimmung mit den anderen Fraktionen gute Ergebnisse und gute Lösungen. **Wir sind der Überzeugung, mit einem Haushalt der auf 32,5 % Kreisumlage aufbaut, lässt sich für den Landkreis bestens leben.**

**Zum Schluss**, herzlichen Dank an die Verwaltung für die Arbeit, die in Zusammenhang mit der Haushaltsplanung immer ansteht. Im Vorgriff auch Dank für die Bearbeitung unserer Haushaltsanträge. Andres als in Berlin, das muss ich da einfügen, schaffen wir es im Kreis immer wieder, Probleme gemeinsam zu lösen. Gegenseitige Abgrenzung würde uns nicht voranbringen – sie bringt auch unser Land nicht voran.

Für mich, das möchte ich an dieser Stelle anmerken, war es nun, die 18. Haushaltsrede. Mit einer gewissen Erleichterung sage ich, es **war auch die letzte, die ich als Fraktionsvorsitzender für die Fraktion der Freien Wähler halte.** Wir haben uns, auf meinen ausdrücklichen Wunsch, frühzeitig vor der neuen nächsten Kommunalwahl in der Fraktionsführung neu aufgestellt. Ich bin überzeugt, **mein Nachfolger in der Fraktionsführung, Thomas Sprißler wird Ihnen ab dem kommenden Jahr sicher deutlich und frisch aufzeigen, wo man investieren, sparen und dennoch effektiv arbeiten kann.**

Für die Kreisverwaltung war es sicher nicht immer einfach, mit unseren Wünschen zu den Finanzen umzugehen. Wir sind überzeugte Kommunalpolitiker, die aber gerade da gemeinsam mit allen Beteiligten Sorge für einen innovativen und zukunftsgerichteten Kreis tragen. Deshalb noch ein Wort zum Schluss:

**Es ist eine alte Erkenntnis, „reich wird nicht der, der viel Geld einnimmt, sondern der, der es versteht, wenig auszugeben“.**

In diesem Sinne alles Gute für die Zukunft und auf ein weiterhin gutes Miteinander im Kreistag.